

Wir drucken eine übersetzte Einschätzung der New York Times zum Chilcot-Report über die Rolle Großbritanniens im Irak-Krieg ab, in der leider nicht gefordert wird, dass eine unabhängige US-Kommission endlich auch die treibende Rolle der USA untersucht.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 096/16 – 22.07.16**

Im Chilcot-Report zum Irak-Krieg wird vernichtende Kritik an Tony Blair geübt

Von Steven Erlanger und David E. Sanger
The New York Times, 06.07.16

(<http://www.nytimes.com/2016/07/07/world/europe/chilcot-report.html>)

LONDON – Am 28. Juli 2002, rund acht Monate vor der von den USA angeführten Invasion des Iraks, ließ der britische Premierminister Tony Blair dem US-Präsidenten George W. Bush eine persönliche Botschaft zukommen, die führende Sicherheitsberater Blairs alarmierte – in Washington aber mit Erleichterung begrüßt wurde.

"Ich mache mit, unabhängig davon, was Sie tun werden," schrieb Blair und gab damit den USA die pauschale Zusicherung, dass Großbritannien auch einen Krieg zum Sturz des irakischen Diktators Saddam Hussein unterstützen werde. "Wir müssen Hussein loswerden," schrieb Blair; vorher hatte er schon gesagt, "mit Saddams Sturz können wir die Region befreien."

Am Mittwoch (dem 06.07.16), also 14 Jahre später, wurde das Versprechen Blairs allgemein bekannt – durch die Veröffentlichung eines in siebenjähriger Arbeit erstellten, sehr umfangreichen offiziellen Untersuchungsberichtes, der sich damit befasst, wie und warum sich Großbritannien am Krieg gegen den Irak beteiligt hat. (Der Report ist aufzurufen unter <http://www.iraqinquiry.org.uk/the-report/> .)

Die wichtigsten Untersuchungsergebnisse des unabhängigen Iraq Inquiry Committee's (s. <http://www.iraqinquiry.org.uk/the-inquiry/the-committee/>) waren schon vorher bekannt: Dass Großbritannien und die USA die Invasion mit gefälschten "geheimdienstlichen Erkenntnissen" gerechtfertigt haben, dass der Irak keine unmittelbare Bedrohung für die nationale Sicherheit (der USA und Großbritanniens) darstellte, dass militärisch interveniert wurde, bevor alle diplomatischen Optionen ausgeschöpft waren und dass es keine Pläne für die Zeit nach Saddam Husseins Sturz gab.

Trotzdem erregte der Report in Großbritannien großes Aufsehen, weil er in einer Situation veröffentlicht wurde, in der die Briten nach dem beschlossenen Austritt aus der Europäischen Union über die künftige Stellung ihres Landes in der Welt diskutieren.

Der Bericht heizte auch die bereits laufende öffentliche Debatte über die Verantwortlichkeit Blairs an; als dessen einziges, überwiegend negativ eingeschätztes Vermächtnis wird seine Entscheidung angesehen, gemeinsam mit den USA den Irak zu überfallen.

Blairs Botschaft an Bush wird in dem Report als Teil einer Kampagne gewertet, mit der die USA in ihrer Absicht, einen Krieg gegen den Irak zu führen, bestärkt wurden; gleichzeitig hat Blair das Weiße Haus dazu aufgefordert, den Irak als Gefahr für die Sicherheit (des Westens) darzustellen.

Der Report beschreibt mit 2,6 Millionen Worten einen britischen Premierminister, der stärkere Beweise für die Notwendigkeit eines militärischen Eingreifens und besser ausgearbeitete Pläne für die Besetzung des Iraks und die Einsetzung einer Nachfolgeregierung verlangte. Blair hat Bush in seiner Botschaft vom 28. Juli 2002 nicht nur seine "Gefolgschaftstreue" zugesichert, er hat auch vor den "unbeabsichtigten Folgen" einer Invasion und davor gewarnt, dass andere europäische Staaten nicht mit in den Krieg ziehen könnten.

Die Invasion sei dann aber trotz der Bedenken und Einwände Blairs gestartet worden, wird in dem Report festgestellt. John Chilcot (s. https://en.wikipedia.org/wiki/John_Chilcot), der Vorsitzende des Untersuchungskomitees, sagte am Mittwochmorgen, Blair sei von seinen Diplomaten und Ministern "auf die Fragwürdigkeit der US-Pläne und den zu geringen britischen Einfluss" hingewiesen worden.

Er habe sich aber über deren Einwände hinweggesetzt.

Innerhalb von Stunden nach der Veröffentlichung des Reports gab Blair auf einer fast zweistündigen Pressekonferenz Fehler und Irrtümer der Geheimdienste zu, verteidigte aber seine eigene Entscheidung, gemeinsam mit Bush in einen Krieg gegen den Irak zu ziehen. Weil ihn seine Labour Party fallengelassen hat, werden nur seine Fehlleistungen in den Jahren 2002 und 2003 in die Geschichte eingehen; deshalb wirkte er auch sehr zerknirscht und gehetzt, als er bekannte, seine damalige Entscheidung beschäftige ihn immer noch: "Es vergeht kein Tag meines Lebens, an dem ich nicht noch einmal durchlebe und überdenke, was damals geschah. Deshalb verbringe ich heute auch so viel Zeit im Mittleren Osten, um einen Friedensschluss herbeizuführen."

Blair geriet bereits 2002 unter Druck, weil seine Mitarbeiter David Manning und Jonathan Powell die "geheim und persönlich" eingestufte Zusicherung an Bush, Großbritannien mache alles mit, als zu weitgehend kritisierten und Blair empfahlen, seine politische Zukunft nicht von Bushs Entscheidungen abhängig zu machen.

Manning, der vorher Botschafter in Washington und damals Blairs wichtigster außenpolitischer Berater war, hat vor der Kommission ausgesagt, er habe Blair vor dieser pauschalen Zusage gewarnt; wenn Bush sie wörtlich nehme, seien Großbritannien damit andere Optionen verbaut.

Blair behauptete später, er habe daraufhin seine Zusage eingeschränkt; das trifft aber nicht zu.

Blair bestand (in seiner Pressekonferenz) darauf, Washington keinen "Blankoscheck" ausgestellt, sondern auch vor Schwierigkeiten gewarnt zu haben, die aus einem Überfall auf den Irak erwachsen könnten – bei der Bildung einer politischen Koalition und weil man sich dann für lange Zeit um den Irak kümmern müsse.

Er habe auch auf "unbeabsichtigte Folgen" verwiesen – auf die zu erwartende große Anzahl ziviler Opfer und mögliche Probleme mit anderen arabischen Staaten.

In dem Report wird dazu festgestellt, Blair und die britische Regierung hätten die durch den Krieg verursachten Schwierigkeiten unter- und den erhofften Einfluss auf Bush überschätzt.

Unter den Folgen des Krieges haben bis heute nicht nur der Irak, sondern auch die USA und Großbritannien zu leiden. Neben 200 britischen Toten – davon 179 Soldaten – und

mindesten 4.500 US-Toten sind mehr als 150.000 tote Iraker – die meisten davon Zivilisten – zu beklagen; aus dem nach dem Sturz Husseins entstandenen Vakuum hat sich ein Konfessionskrieg entwickelt, in den sich auch Terroristen und der Iran eingemischt haben.

In dieser Woche wurden bei der Explosion einer Autobombe in Bagdad schon wieder 250 irakische Zivilisten getötet, als sie das Ende des heiligen Monats Ramadan feierten.

Für viele junge Briten hat sich das Chilcot-Komitee mit längst vergangenen Geschichten zwischen London und Washington beschäftigt, weil die Studenten, die gerade in Colleges eintreten, erst vier Jahre alt waren, als Blair seine fatale Entscheidung getroffen hat.

Der Geheimdienstmitarbeiter Tim Dowse hat vor dem Komitee ausgesagt, britische Offizielle hätten den in den USA geäußerten Verdacht, Saddam Hussein habe sich Aluminiumrohre verschafft, weil sie für Zentrifugen zur Urananreicherung gebraucht würden, nicht geteilt, und diese Vermutung deshalb zunächst auch nicht in die 2002 veröffentlichte Zusammenstellung über die Waffenprojekte des Iraks aufnehmen wollen.

Dowse sagte außerdem, da Vizepräsident Dick Cheney im US-Fernsehen über die Aluminiumrohre gesprochen habe, "hätte es seltsam gewirkt, wenn sie nicht erwähnt worden wären. "Wir wären dann ganz sicher danach gefragt worden," fügte er hinzu.

Deshalb wird auch in dem Report auf die Rohre eingegangen, aber mit dem Zusatz, es sei nicht nachzuweisen gewesen, dass die Rohre im Rahmen eines Atomwaffenprogramms beschafft wurden.

Viele Fragen zu den "geheimdienstlichen Erkenntnissen" (mit denen der Irak-Krieg gerechtfertigt wurde, weitere Infos dazu sind aufzurufen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP18112_071012.pdf) seien nicht beantwortet worden, obwohl Blair immer wieder Beweise für eine "Smoking Gun" (eine rauchende Waffe) gefordert habe.

Blair hat am Mittwoch betont, in dem Report werde ihm bestätigt, dass er selbst keine "Erkenntnisse" erfunden oder verfälscht habe. Das hat ihm aber nicht viel genützt: Jeremy Corbyn, der gegenwärtige Vorsitzende der Labour Party, entschuldigte sich dafür, dass seine Partei Großbritannien in den Irak-Krieg hineingezogen habe, und die regierenden Konservativen sind froh darüber, dass sich die Labour Party mit Blair über diesen Krieg streitet.

Das Gefühl, Großbritannien sei durch die übereilte Zusage Blairs in das blutige Gemetzel im Irak hineingezogen worden, hat bleibende Folgen und dazu geführt, dass die Abgeordneten des britischen Parlaments weitere Militäraktionen an der Seite Washingtons sehr kritisch sehen.

Die Erfahrungen im Irak-Krieg haben Großbritannien davor zurückschrecken lassen, nach dem Giftgaseinsatz in Syrien (weitere Infos dazu s. unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP05913_050513.pdf) auch dieses Land gemeinsam mit den USA zu bombardieren. Dadurch wurde auch Präsident Obama davon abgehalten, einen Militärschlag gegen syrische Chemiewaffen-Fabriken zu führen und (mit Bodentruppen) den Islamischen Staat anzugreifen.

Blair hatte ja auch den US-Präsidenten Bill Clinton im Kosovo-Krieg unterstützt und 2002 erfolgreich in (der ehemaligen britischen Kolonie im afrikanischen) Sierra Leone eingegriffen; Blair glaubte also schon früher, die Welt mit Waffengewalt besser machen zu können und hat sich nach den am 11. September 2001 auf die USA verübten Anschlägen sofort an die Seite Bushs gestellt.

Das Urteil des Untersuchungskomitees über die militärische Beteiligung an der Planung und Führung des Irak-Krieges war vernichtend; es widerlegt auch Blairs Schutzbehauptung, die nach dem Überfall aufgetretenen Probleme seien nicht vorhersehbar gewesen.

"Dem können wir nicht zustimmen," erklärte Chilcot. "Die Gefahr interner Streitigkeiten, die aus Eigeninteresse erfolgte aktive Einmischung des Irans, die Störung der regionalen Stabilität und das Auftauchen von Al-Qaida-Terroristen auch im Irak waren schon vorher absehbar."

Blair habe nicht den Überfall auf den Irak und den Sturz Saddam Husseins verhindern wollen, es sei ihm nur darum gegangen, ihn besser abzusichern und zu rechtfertigen.

In den "geheimdienstlichen Erkenntnissen", die Blair verbreiten ließ, seien die von seinen Beratern geäußerten Bedenken nicht vorgekommen.

In dem Report steht: "Es gab keinerlei Hinweise darauf, dass britische Geheimdienste die Existenz chemischer, biologischer oder Atomwaffen und einschlägiger Waffenprogramme nicht nachweisen konnten."

"Das Vereinigte Königreich hat zugesagt, sich an der Invasion des Iraks zu beteiligen, bevor alle friedlichen Abrüstungsoptionen erschöpft waren," wird in dem Report festgestellt. "Die Militäraktion war zu dieser Zeit kein letzter Ausweg."

Stephen Castle hat zu dem Bericht beigetragen.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links im Klammern versehen. Wir fragen uns, warum die *New York Times*, die ihre eigenen Fehler im Vorfeld des Irak-Krieges bereits zugegeben hat [s. <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/irak-krieg-new-york-times-kritisiert-eigene-berichterstattung-a-301518.html>], keine unabhängige US-Kommission fordert, die endlich auch das üble Spiel der Herren Bush, Cheney, Rumsfeld und Powell bei der Inszenierung des Irak-Krieges untersucht. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The New York Times

Chilcot Report on Iraq War Offers Devastating Critique of Tony Blair

By STEVEN ERLANGER and DAVID E. SANGER
JULY 6, 2016

LONDON — On July 28, 2002, roughly eight months before the American-led invasion of Iraq, Prime Minister Tony Blair of Britain sent President George W. Bush a personal note that alarmed some of Mr. Blair's top national security aides — and was greeted with relief in Washington.

"I will be with you, whatever," Mr. Blair wrote, in what appeared to be a blanket promise of British support if the United States went to war to topple Saddam Hussein, the Iraqi leader. Getting rid of Mr. Hussein was "the right thing to do," Mr. Blair wrote, predicting that "his departure would free up the region."

Fourteen years later, Mr. Blair's pledge was revealed publicly on Wednesday as part of a voluminous, seven-year official investigation into how and why Britain went to war in Iraq.

The main conclusions in the report, by the independent Iraq Inquiry Committee, were familiar: that Britain, like the United States, used flawed intelligence to justify the invasion, that Iraq posed no immediate national security threat, that the allies acted militarily before all diplomatic options had been exhausted and that there was a lack of planning for what would happen once Mr. Hussein was removed.

Yet the report still had enormous resonance in Britain, in part because it came at a moment when Britons are engaged in a debate over their country's place in the world after their vote last month to leave the European Union.

The report also amounted to a moment of searing public accountability for Mr. Blair, whose legacy has been defined in Britain almost entirely, and almost entirely negatively, for his decision to go into Iraq alongside the United States.

Mr. Blair's note to Mr. Bush was part of what the report showed to be a campaign to back the United States before the war and to steer the White House toward building diplomatic support for efforts to address the perceived threat from Iraq.

The report's 2.6 million words describe a prime minister who wanted stronger evidence of the need for military action and a more solid plan for occupying Iraq and reconstituting a government there. Beyond its pledge of fealty to Mr. Bush, the July 28, 2002, note warned broadly of the risks of "unintended consequences" from an invasion and presciently forecast that other European nations would be reluctant to back the war.

But by the time the invasion was launched, most of Mr. Blair's warnings and conditions had been swept aside, the report concluded. The chairman of the committee, John Chilcot, said on Wednesday morning that Mr. Blair had been advised by his diplomats and ministers of "the inadequacy of U.S. plans" and their concern "about the inability to exert significant influence on U.S. planning."

Mr. Blair chose to override their objections.

Within hours of the report's release, Mr. Blair appeared at a nearly two-hour news conference in which he acknowledged missteps and intelligence failures, but defended his decision to go to war. Now rejected by his own Labour Party, his place in British history defined by those crucial days in 2002 and 2003, he looked humbled, even haunted, saying that not a day went by when he did not think about decisions he made more than a decade ago.

"There will not be a day of my life where I do not relive and rethink what happened," Mr. Blair said. "People ask me why I spend so much time in the Middle East today. This is why. This is why I work on Middle East peace."

A decisive moment seemed to come when Mr. Blair's draft of the 2002 note to Mr. Bush, classified "Secret-Personal," circulated to two senior aides, David Manning and Jonathan Powell. The report disclosed that they urged Mr. Blair to soften or delete the "I will be with you, whatever" declaration, and not to tie his political fate too tightly to Mr. Bush's judgments.

Mr. Manning, a former ambassador to Washington and Mr. Blair's chief foreign policy adviser, testified that he had told Mr. Blair the sentence was "too sweeping," that it seemed to

“close off options” and that there was “a risk it would be taken at face value.”

Mr. Blair later said he thought he had amended the sentence, but he had not.

Mr. Blair insisted that he had provided no “blank check” to Washington, and the note quickly moved to an assessment of the many difficulties of such a war, including building a political coalition to back it and the “need to commit to Iraq for the long term.”

He warned of “unintended consequences,” like large numbers of Iraqi civilian casualties or an eruption “of the Arab street.”

The report concluded that Mr. Blair and the British government both underestimated the difficulties and consequences of the war and significantly overestimated the influence he would have over Mr. Bush.

The results have haunted the Iraq, the United States and Britain ever since: more than 200 British dead, including 179 soldiers, at least 4,500 American dead and more than 150,000 Iraqi dead, most of them civilians, as sectarian warfare, terrorist groups and actors like Iran have filled the vacuum left by Mr. Hussein.

Just this week, at least 250 Iraqi civilians died from a car bomb in Baghdad as they celebrated the final days of the holy month of Ramadan.

As Mr. Chilcot’s committee delved back into what seems to many young Britons like ancient history — students entering college this year were 4 years old when the critical decisions were being made — they found something of an echo chamber between London and Washington.

An intelligence official, Tim Dowse, told the committee that British officials were nervous enough about United States suspicions that aluminum tubes acquired by Mr. Hussein could be used in centrifuges to enrich uranium that they had initially kept the subject out of a British summary of Iraq’s weapons projects published in 2002.

After Vice President Dick Cheney had talked about the tubes on American television, “we felt that it would look odd if we said nothing on the subject,” Mr. Towse said. “It would open us up to questions.”

So the report mentioned the tubes but noted “we couldn’t confirm that they were intended for a nuclear program.”

Such questions about the prewar intelligence were left unresolved, despite Mr. Blair’s oft-repeated desire for a “smoking gun.”

Mr. Blair stressed on Wednesday that the report concluded that he had not invented or distorted intelligence. But he won little sympathy: The current leader of the Labour Party, Jeremy Corbyn, apologized for the party’s having led Britain into the war, and the governing Conservatives were happy to let the Labour Party eat itself up over Mr. Blair and Iraq.

The sense that Britain was led into carnage by a foolish devotion to the United States has had lasting consequences and made members of Parliament reluctant to authorize further military action alongside Washington.

The legacy of Iraq kept Britain from joining the United States in bombing Syria over its use of chemical weapons. It was also a factor in President Obama’s decision to back away

from a military strike on Syria's chemical weapons facilities, and to delay military activity there against the Islamic State.

But having been a forceful ally of President Bill Clinton in the Kosovo war and having intervened successfully in Sierra Leone in 2000, Mr. Blair was a believer in using force to impose a more rational world order, and after the attacks on the United States on Sept. 11, 2001, he was quick to align himself with Mr. Bush.

The inquiry's verdict on the planning and conduct of British military involvement in Iraq was withering, rejecting Mr. Blair's contention that the difficulties encountered after the invasion could not have been foreseen.

"We do not agree that hindsight is required," Mr. Chilcot said. "The risks of internal strife in Iraq, active Iranian pursuit of its interests, regional instability and Al Qaeda activity in Iraq were each explicitly identified before the invasion."

Mr. Blair's concern before the invasion of Iraq, the report makes clear, was less about the need to overthrow Mr. Hussein than about how to justify doing so.

The intelligence that Mr. Blair presented in public had a great deal more certainty than his officials presented in private, the report said.

The report says: "At no stage was the hypothesis that Iraq might not have chemical, biological or nuclear weapons or programs identified and examined" by Britain's Joint Intelligence Committee.

"The U.K. chose to join the invasion of Iraq before the peaceful options for disarmament had been exhausted," the report said. "Military action at that time was not a last resort."

Stephen Castle contributed reporting.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern